

Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und FDP-Fraktion im Rat der Stadt Olfen

CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und FDP-Fraktion im Rat der Stadt Olfen sehen in den Auseinandersetzungen der letzten Wochen das Ansehen des Rates und seiner Mitglieder und hier besonders der stellvertretenden Bürgermeisterin Frau Barbara Finke massiv verletzt. Sie halten es für erforderlich, hierzu im Rat Stellung zu nehmen.

Gem. § 3 der Geschäftsordnung wird beantragt, folgenden Punkt auf die Tagesordnungen der nächsten Sitzungen von Haupt- und Finanzausschuss und Rat zu setzen:

Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und FDP-Fraktion im Rat der Stadt Olfen zur Grundstücksangelegenheit „Sternbusch“

Von den drei Fraktionen wird folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen folgende Beschlussfassung:

Das Vorgehen der UWG Olfen e.V., den Vorgang im Zusammenhang mit einer Grundstücksangelegenheit im Bereich „Sternbusch“ der Kommunalaufsicht beim Kreis Coesfeld zur rechtlichen Prüfung vorzulegen, wird ausdrücklich mitgetragen. Dies ist legitimes Recht insbesondere der Ratsfraktionen und der politischen Parteien.

Die Kommunalaufsicht hat den Vorgang, wie von der UWG gewünscht, umfassend geprüft und festgestellt, dass eine Vorteilsgewährung bzw. Vorteilsnahme nicht ansatzweise ersichtlich ist.

Vielmehr führt die von der Stadt Olfen gefundene Lösung zu einer für alle Beteiligten verbesserten Situation, und das zu rechtskonformen Konditionen.

Der Rat schließt sich dieser Auffassung an.

Die UWG, hier in Person von Herrn Heinz-Dieter Broz als Vorsitzender der UWG-Fraktion, erweckt weiterhin öffentlich den Eindruck, bei der Grundstückangelegenheit handelt es sich um eine Vorteilnahme im Amt der stellvertretenden Bürgermeisterin Frau Barbara Finke.

Dieses Vorgehen wird seitens des Rates ausdrücklich missbilligt.

Eine konstruktive Arbeit in den politischen Gremien zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ist nur möglich, wenn alle Beteiligten -Bürgermeister, Ratsmitglieder und sachkundige Bürger- persönliche Verunglimpfungen unterlassen und ausschließlich sachbezogen argumentieren.

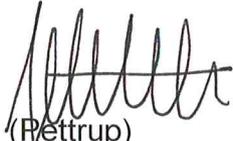
Die UWG wird aufgefordert:

- umgehend für eine Rücknahme ihrer Behauptungen in der Öffentlichkeit, insbesondere auch auf ihrer Homepage, zu sorgen,

- politische Auseinandersetzungen zukünftig im Rat und in den Ausschüssen zu führen,
- persönliche Verunglimpfungen zu unterlassen, um das Ehrenamt von Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern zu respektieren
- und sich bei Frau Finke zu entschuldigen.

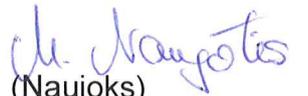
Olfen, im Februar 2013

Für die CDU-Fraktion



(Pettrup)
Fraktionsvorsitzender

Für die SPD-Fraktion



(Naujoks)
Fraktionsvorsitzende

Für die FDP-Fraktion



(Bunte)
Fraktionsvorsitzender